Meinung & Debatte

Neue Zürcher Zeitung

Unterstützung für Armenien

Im Gastkommentar «Aserbaidschans Waffen stammen auch aus Israel» wird aufgezeigt, wie die westliche Politik und die Medien mit unterschiedlichen Ellen messen (NZZ 25. 10. 23). Israel wird massiv unterstützt, auch mit der Begründung, dass es von Feinden umgeben und die einzige Demokratie in der Region sei.

Im Demokratieindex ist Armenien zwar weiter hinten, aber es ist doch ein heller Fleck auf der Landkarte zwischen Autokratien. Diese Autokratien sind ungleich stärker als die Hamas und verfügen auch durch die Unterstützung von westlichen Ländern, denen sonst die Demokratie so indiskutabel wichtig ist, über modernste Waffensysteme.

Nicht nur Israel handelt so gegen seine propagandistisch eingesetzten Werte, sondern auch die EU, die mit Aserbaidschan Energieverträge abgeschlossen hat, um von Russland unabhängiger zu werden. Eine Kriegspartei wurde durch eine andere ersetzt. Dies wird dann von den Politikern und den Medien als Erfolg kommuniziert.

Die Ukraine, die sowohl medial wie auch politisch mit riesiger Unterstützung versehen wird, ist im Demokratieindex hinter Armenien aufgelistet und wird doch als Bollwerk der Demokratie gegenüber der russischen Autokratie dargestellt.

Warum bezieht niemand aus dem Westen deutlicher Stellung und bietet Unterstützung für Armenien, das als christliches Land von muslimischen Autokratien umringt ist und von mächtigen Nachbarn militärisch attackiert wird? Lässt sich diese Ungleichbehandlung rechtfertigen? Wie können Länder Argumente für sich einfordern, die sie mit ihren Taten anderen absprechen?

Raphael Hugi, Geroldswil

Energiesparen in der Schweiz

Die Welt umfasst rund 8 Milliarden Einwohner, die Schweiz dagegen rund 9 Millionen Einwohner oder ein Promille, China etwa 1,4 Milliarden oder

KORRIGENDA

zz. · Im Artikel «Die SBB wehren sich gegen Vorwürfe aus Bern» hiess es, dass der Bund Verluste des Fernverkehrs aus der Pandemiezeit bereits übernommen habe (NZZ 30. 10. 23). Tatsächlich läuft aber der politische Prozess bezüglich einer entsprechenden Finanzspritze von 1,2 Milliarden Franken noch. Darüber hinaus ist derzeit kein weiterer Beitrag wegen Corona-Spätfolgen vorgesehen.

zz. · Im Bericht über den Prozess gegen den Straftäter Brian stand, der Zürcher Justizvollzug habe die Oberaufsicht über die Strafverfolgung im Kanton inne (NZZ 31. 10. 23). Das ist nicht korrekt. Sie hat, wie ebenfalls im Artikel erwähnt, jene über den Strafvollzug inne.

17,5 Prozent oder 175 Promille der Weltbevölkerung. Da die Schweiz nur rund ein Promille umfasst, ist die Auswirkung von Massnahmen in der Schweiz auf den Energiekonsum der Welt entsprechend gering, es sei denn, dass es Technologien aus der Schweiz sind, welche gut auf den Rest der Welt übertragen wer-

Eine Voraussetzung dafür ist nicht nur die technische Übertragbarkeit, sondern auch die damit verbundenen Baukosten. So können zum Beispiel Nullenergiehäuser noch so gut sein; wenn sie mit wesentlich höheren Kosten verbunden sind, werden sie nicht in ärmeren Ländern Fuss fassen.

Ein Paradebeispiel hiefür ist China, wo sich kein Investor - ausser vielleicht der Staat – für Prestigebauten mit Bautechnologien befasst, die zu wesentlich höheren Herstellkosten und damit zu Marktproblemen führen.

Mit Energiesparbauten jedoch, die auf einfachen, kostengünstigen Technologien aus der Schweiz basieren, konnten zwischen 2002 und 2022 mehr als 2,5 Millionen Quadratmeter Bruttogeschossfläche in Wohnbauten, Bürobauten, Spitälern und Schulen mit grosser Behaglichkeit und sehr geringem Energieverbrauch realisiert werden. Und dies vom hohen Norden (Harbin mit bis zu -30 Grad Celsius) bis in den tiefen Süden (Hangzhou mit bis zu +40 Grad Celsius).

Nur auf diesem Wege besteht eine begründete Hoffnung, dass China und damit 17,5 Prozent der Weltbevölkerung innert nützlicher Frist ein niedrigeres Niveau des Energiebedarfs und damit zusammen mit ihren Elektroautomobilen einen echten Beitrag auf globalem Niveau erreichen.

Prof. em. Dr. sc. nat. Bruno Keller, Zug

Überforderte Führung am grössten Gericht

Für die ersten Jahre des Bundesverwaltungsgerichts (BVGer) wurde ich als Richter in seine Wirtschaftsabteilung berufen. Schon damals kam es in der Abteilung für Asylrecht zu Streitereien mit einem Richter mit SVP-Parteibuch.

Dies scheint, wie der Fall des beruflich gut qualifizierten Bundesverwaltungsrichters David R. Wenger zeigt, System zu haben, obwohl Parteipolitik am BVGer nichts verloren hat («Wildes Datensammeln, verschwundene Akten», NZZ 28. 10. 23).

Das BVGer wurde aber auch von Streitereien in der Chefetage erschüttert. Ich wurde als Mediator zur Streitschlichtung beigezogen, womit ich einen guten Einblick in die Gerichtsstruktur und die Führungsorganisation erhielt. Die derzeitigen Merkwürdigkeiten am BVGer sind für mich nicht eigentlich überraschend, denn schon zu meiner Zeit herrschte eine von Rivalität und Neid geprägte Unternehmenskultur.

Das BVGer als grösstes eidgenössisches Gericht mit seinen in sechs Abteilungen gegliederten 73 Richtern, 230 Gerichtsschreibern sowie 126 administrativen Mitarbeitern hat mit seiner streng hierarchischen Verwaltungsstruktur eine kritische Grösse erreicht. Demzufolge sollten das eidgenössische Parlament und die Gerichtskommission bei der Beurteilung der unbefriedigenden Situation am BVGer den Fokus auf die Gerichtsstruktur ausweiten, denn die heutige Führungsorganisation ist mit dem zu einem Koloss gewachsenen Gericht offenkundig überfordert.

Hans-Jacob Heitz. Alt-Bundesverwaltungsrichter, Männedorf

Erinnerungen an Willi Ritschard

Mein Grossvater hatte mich mitgenommen an die 1.-Mai-Kundgebung auf dem Munzingerplatz in Olten. Es muss um 1953 gewesen sein. Es gab einen Umzug, und danach hielt der wenig bekannte Willi Ritschard eine Rede (NZZ 31.10.23).

An den Inhalt kann ich mich nicht mehr erinnern - ich war ein 12-jähriger Primarschüler -, jedoch an einen engagierten Auftritt und ganz besonders an die harte Aussprache, typisch für Schweizer aus dem Volk. Im Deutschunterricht wurden wir angewiesen, feiner zu sprechen.

Zwanzig Jahre nach diesem Auftritt wurde der Redner überraschend und zu meinem Erstaunen in den Bundesrat gewählt. Heute zählt Willi Ritschard zu den beliebtesten Bundesräten. Er war und wirkte authentisch. Er war eben ein Mann aus dem und für das Volk.

Peter Vogt, Zürich

Marc Tribelhorns feiner Rückblick auf Willi Ritschard erinnert mich an andere grosse Persönlichkeiten aus dieser Zeit, wie beispielsweise Fritz Leutwiler. Der wohl in der Nachkriegszeit bekannteste und renommierteste Schweizer und der hierzulande höchst verehrte und respektierte «Büezer» im Bundesrat verstanden sich hervorragend.

Fritz Leutwiler mischte sich nicht in Fragen der Finanzpolitik ein, und Willi Ritschard hielt es genau gleich mit der Geldpolitik der Nationalbank. Die beiden waren sich auch charakterlich nahe.

Schliesslich enthält Tribelhorns journalistische Preziose auch mehrere Bezüge zu der oft unterschätzten Eisenbahnerstadt Olten. So ist dort Ritschards Redenschreiber und regelmässiger Gesprächspartner Peter Bichsel aufgewachsen.

Die am Schluss des Texts erwähnte Lilian Uchtenhagen wuchs in Olten auf. Ebenso Franz Hohler, Ulrich Knellwolf und Hans Künzi, Zürcher Regierungsrat und Vater der dortigen S-Bahn. Auch der langjährige NZZ-Chefredaktor Willy Bretscher (1897-1992) wurde durch Schuljahre in Olten mitgeprägt.

Erich Heini, Luzern

Redaktion Leserbriefe NZZ-Postfach 8021 Zürich E-Mail: leserbriefe@nzz.ch TRIBÜNE

Höhere Prämien für Reiche?

Gastkommentar

von STEFAN FELDER

Der Berner Gesundheitsdirektor Pierre-Alain Schnegg erneuerte unlängst seinen Vorschlag, dass Reiche in der Krankenversicherung mehr Prämien zahlen sollten. Eine Erhöhung der Krankenkassenprämie von 500 auf 1000 Franken könnten Gutverdienende besser verschmerzen als Menschen mit kleinem Portemonnaie eine Erhöhung um 20 oder 30 Franken. Auch die Mitte-Partei liegt auf diesem Kurs. Nach deren «Kostenbremse»-Initiative dürften die Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) nicht schneller wachsen als die Löhne. Da liegt der Einkommensbezug auf der Hand. Machen wir die Probe aufs Exempel. Die Kosten in der OKP liegen nach Abzug der Eigenbeteiligung pro Kopf bei 4250 Franken im Jahr. Die durchschnittliche kantonale Steuerbasis beläuft sich auf 23 300 Franken pro Einwohner. Ein Einkommenssteuersatz, nennen wir ihn Gesundheitssteuer, von 18,2 Prozent könnte somit die Prämien bei der Finanzierung der OKP-Kosten ersetzen. Bei Einrechnung der bereits steuerfinanzierten Prämienverbilligung von 720 Franken pro Einwohner reduziert sich die Gesundheitssteuer auf 15,1 Prozent.

In der Schweiz streuen sowohl die Gesundheitskosten wie die Steuerbasis je nach Kanton stark. Die Spanne bei den kantonalen Gesundheitssteuern wäre hoch: 25,5 Prozent im Kanton Jura gegenüber 6,1 Prozent im Kanton Zug. Die Einkommenssteuersätze am Ende der Steuerprogression liegen in Zug und im Jura bei 23 bzw. 40 Prozent. Das Niveau und die Unterschiede in den Gesundheitssteuern würden nicht nur die Migration zwischen den Kantonen beeinflussen, sondern hätten auch erhebliche Auswirkungen auf die internationale Attraktivität des Schweizer Arbeitsmarktes. Eine landesweit einheitliche Gesundheitssteuer von 15,1 Prozent würde zwar keine innerschweizerische Wanderung auslösen, hätte aber je nach Höhe der kantonalen Gesundheitsausgaben und der Steuerkraft erhebliche regionale Verteilungswirkungen. Jura, Neuenburg, Tessin und Bern würden deutlich besser, Zug, Schwyz, Nidwalden und Appenzell Innerrhoden dagegen deutlich schlechter gestellt. Der heutige nationale Finanzausgleich würde über den Haufen geworfen und müsste neu verhandelt werden.

Einkommensbezogene Prämien hätten zudem grosse Auswirkungen auf den Wettbewerb der Krankenversicherer. Je höher das Einkommen eines Versicherten, umso attraktiver ist er für einen Versicherer. Um eine entsprechende Risikoselektion der Krankenversicherer zu vermeiden, müsste der Risikoausgleich zwischen ihnen um das Einkommen der Versicherten ergänzt werden. Als Extremlösung böte sich die deutsche an, bei der die Einnahmen aus der Gesundheitssteuer nicht zu den Krankenversicherern fliessen, sondern in einen Gesundheitsfonds, der wiederum seine Einnahmen risikogerecht unter den Kassen verteilt. Der Wettbewerb könnte dann nur noch über Zusatzprämien funktionieren, die jene Krankenversicherer verlangen müssten, deren Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds nicht ausreichten, um ihre Kosten zu decken. Denkbar wäre auch das niederländische Modell, das die Gesundheitskosten hälftig über Lohnabzüge und Kopfprämien finanziert. Das kommt dem momentanen Schweizer System nahe, das die Prämienbelastung der Geringverdiener individuell subventioniert und die entsprechenden Aufwendungen über Steuereinnahmen von Bund und Kantonen deckt.

Dies führt uns zurück zum Vorschlag des Berner Gesundheitsdirektors. Wir wollen ihm nicht unterstellen, dass er bei seinem Vorschlag an den Finanzausgleich gedacht hat, bei dem der Kanton Bern der grösste Empfänger ist. Sein Kanton hat jedoch bereits alles in der Hand, um die Finanzierung der Gesundheit gerechter zu gestalten. Mit der individuellen Prämienverbilligung kann sowohl der Kreis der Bezieher als auch die Höhe der Verbilligung in Abhängigkeit vom Einkommen einer Person frei gestaltet werden. Und selbstverständlich liegt die Progression des kantonalen Steuertarifs im Ermessen eines Kantons. So muss es im Föderalismus ja auch sein: Einkommensteuern und Finanzierung der Gesundheitsausgaben werden nicht unabhängig voneinander festgelegt. Und bei solchen Entscheiden wird insbesondere der Steuerkonkurrenz zwischen den Kantonen Rechnung getragen. Wenn denn das Berner Parlament einen progressiveren Steuertarif möchte, kann es ihn beschliessen. Höhere Krankenkassenprämien für Reiche braucht es dagegen nicht. Sie würden ohne zusätzlichen Nutzen das föderalistische System nur verkomplizieren.

Stefan Felder ist Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel.

Neue Zürcher Zeitung

SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780 Der Zürcher Zeitung 244. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Guier (eq.). Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.)

Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.) Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Benno Mattli (bem.), Janique

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Marco Kauffmann Bossart (kam.), Werner J. Marti (wjm.), Andreas Ernst (ahn.), Meret Baumann (bam.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Ulrich von Schwerin (uvs.), Katrin Büchenbacher (k.b.),

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.), Manuel Müller (mml.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Irène Troxler (tox.), Marc Tribelhorn (tri.), Simon Hehli (hhs.), Tobias Gafafer (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.).

Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Georg Häsler Sansano (geo.). Katharina Fontana (fon.), David Biner (bin.

Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Jonas Roth (jon.), Erika Burri (ebu.)

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Zeno Geisseler (zge.), Fabian Baumgartner (fbi.), Stefan Hotz (sho.), Katja Baigger (bai.), Jan Hudec (jhu.), Claudia Rey (clr.), Michael von Ledebur (mvl.), Nils Pfändler (nil.), Isabel Heusser (heu.), Giorgio Scherrer (sgi.), Tobias Marti (tma.), Marius Huber (hub.), Francesca Prader (fpr.) Wirtschaft: Chanchal Riswas (his.). Christoph Fisenring (cei.)

Lorenz Honegger (Iho.), Dieter Bachmann (dba.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Andrea Martel Fus (am.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Benjamin Triebe (bet.), Christoph G. Schmutz (sco.). Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Eflamm Mordrelle (EM.), Nelly Keusch (nel.), Isabelle Wachter (wai.).

Chefökonom: Peter A. Fischer (pfi.), Philipp Wolf (phw.). Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Esther Widmann (wde.), Eva Mell (ev.).

Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rbl.), Thomas Rib (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Lucien Scherrer (Isc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Wildhagen (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Andreas Scheiner (sca.), Rahel Zingg (zin.), Thomas Zaugg (zau) Sport: Elmar Wagner (wag.), Christof Krapf (krp.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Pete B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Eva

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.) lorian Schoop (scf.), Esther Rüdiger (eru.), Peter Ackermann (pan.). **Reporter:** Andrea Spalinger (spl.), Marcel Gyr (-yr.), Anja Jardine (jar.), Michael Schilliger (msl.), Katharina Bracher (brk.).

Nachrichten: Samuel Burgener (sbr.), Michele Coviello (cov.), Fleena Panagiotidis (ela.), Kathrin Klette (kkl.), Raffaela Angstmann (ran.), Gian Andrea Marti (gam.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Melchior Poppe (pop.), Till Minder (til.), Jacqueline Lipp (lip.), Fabian Vogt (vof.), Corina Gall (cog.), Lia Pescatore (lia.), Philipp Gollmer (phg.), Kevin Weber (wek.), Elena Oberholzer (obe.).

Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Ferdinand Knapp (FK.),

Community: Anja Grünenfelder (ang.).

Podcast: Nadine Landert (Ina.), David Vogel (dv.), Marlen Oehler (oeh.), Sebastian Panholzer (sep.), Antonia Moser (ata.), Oliver Camenzind (olc.), Jenny Rieger (rje.).

Audience Management: Dominik Batz (btz.), Jonas Holenstein (jho.), Thierry Figini (tfi.), Martin Arnold (maa.), Nicolas Fröhner (frn.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xeo.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelén (jok.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sih.), Eike Hoppmann (eik.), Simon Huwiler (shu.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.) Roland Shaw (sro.), Cian Jochem (cia.), Danijel Beljan (beb.), Alex Kräuchi (akr.), Seda Motie (sed.), Sophia Kissling (ski.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Jörg Walch (jwa.), Andrea Hauner (hwa.), Jasmine Rueegg (jmr.), Isabelle Pfister (ipf.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Nicole Krättli (krä.), Pascal Burkhard (bup.), Damita Pressl (dam.), Michelle Amstutz (mma.), Florentin Erb (erf.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Christoph Fisch (cf.), Lucie Paška (lpa.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Manuela Kessler (mak.), Roland Tellenbach (rol.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phh.), Ilda Özalp (ilö.), Lisa Leonardy (lil.), Yves Tardent (tay.), Tanja von Arx (tva.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grr.), Nicole Aeby (nae.), Martin Berz (brz.), Dominic Nahr (dna.), Dario Veréb (dve.), Julie Lovens (lou.) **Fotografen:** Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.)

Korrektorat: Natascha Fischer

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). London: Niklaus Nuspliger (nn.). Berlin: Marc Felix Serrao (flx.), Jonas Hermann (jsh.), René Höltschi (Ht.), Alexander Kissler (kis.), Oliver Maksan (oma.), Fatina Keilani (kei.), Susann Kreutzmann (suk.), Rewert Hoffer (rew.), Beatrice Achterberg (bta.), Marco Seliger (mse.), Johannes C. Bockenheimer Adrietierig (td.a.), warde Geriger (inse.), Johannes C. Buckerimiener (JCB.), Frankfurt: Michael Rasch (ra.), München: Stephanie Lahrtz (slz.), Rom: Luzi Bernet (Izb.), Madrid: Ute Müller (utm.), Wien: Ivo Mijnssen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.), Tallinn: Linda Koponen (lkn.) Briissel: Daniel Steinvorth (DSt.), Kalina Oroschakoff (oro.) Moskau: Markus Ackeret (mac.). Nairobi: Samuel Misteli (smi.). Istanbul: Volker Pabst (pab.). Beirut: Daniel Böhm (dan.). Delhi: Andreas Babst (abb.). Singapur: Matthias Müller (Mue.). Taipeh: Patrick Zoll (paz.). Peking: Matthias Kamp (mka.). Shenzhen: Matthias Sander (msa.). Tokio: Martin Kölling (koe.). Sydney: Barbara Barkhausen (bkh.). Washington: Christian Weisflog (ws Chicago: David Signer (dai.). New York: Christof Leisinger (cri.). San Francisco: Marie-Astrid Langer (Ima.). Rio de Janeiro: Thomas Milz (mit.). Salvador da Bahia: Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.). NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch. Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00.

Inserate: NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, contact@nzzone.ch. www.nzzone.ch. Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt) NZZ Print & Digital: 879 Fr. (12 Monate), 80 Fr. (1 Monat). NZZ Digital Plus: 599 Fr. (12 Monate), 56 Fr. (1 Monat). NZZ Wochenende Print: 389 Fr. (12 Monate), 35 Fr. (1 Monat)

Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital NZZ International Print & Digital: 595 € (12 Monate).

54 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage. NZZ Kombi Print & Digital: 987 Fr. (12 Monate),

90 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat). Alle Preise gültig ab 1. 1. 2023. Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur

zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistik-

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2023. Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte

(insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion

Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckte und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Ein jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler